Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 232. — 83 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag den 3. Oktober 1924

Verhandlungen mit rechts und links

Um die Regierungserweiterung.

Berlin, 1. Oktober.

Wie man aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat Reichskanzler Dr. Marx, nachdem die Beschlüsse des Deutschnationalen Vertretertages vorliegen, die Verhandlungen mit den Parteiführern aufgenommen. Diese Verhandlungen über die Frage einer Erweiterung der Reichsregierung werden zunächst sowohl nach rechts als auch nach links, also mit den Sozialdemokraten, geführt. Die Besprechungen werden voraussichtlich die ganze Woche in Anspruch nehmen. In der nächsten Woche werden dann die Reichstagsfraktionen zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Als erste der Reichstagsfraktionen hat die demokratische eine Sitzung auf den 7. Oktober anberaumt. Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Koch, der in Italien weilt, ist wegen der bevorstehenden Parteiführerbesprechungen von der demokratischen Parteileitung telegraphisch zurückgerufen worden.

Die deutschnationale Entscheidung.

Zu dem Beschluß der Vertreterversammlung der Deutschnationalen Volkspartei wird von unterrichteter Seite geschrieben:

Die Vertretersitzung der Deutschnationalen Volkspartei hat zu einer Entscheidung geführt, hinter der nach parteioffizieller Mitteilung fast die ganze Partei steht. Eine Entschließung wurde mit einem Stimmenverhältnis von 10 zu 1 angenommen. Es ist eigenartig, daß die Minorität des 29. August, die „Ja-Sager", ihr politisches Wollen der Parteivertreterlagung auflegten, sie in ihre Bahnen gezwungen haben. Sogar der Rest, der gegen jene Entschließung stimmte, war aus taktischen Gründen gegen die Formulierung, aber nur wenige gegen den Inhalt. Die Auseinandersetzungen in der Partei sollen damit beendet sein, da sie doch fruchtlos sind.

In ihrer Entschließung betont nun die Parteivertretung zunächst den Willen, die Geschlossenheit der Partei aufrechtzuerhalten. Und das zweite ist, daß man die Dawes-Gesetze als „bindende Norm" anerkennt, was ja eine Selbstverständlichkeit ist; aber man betrachtet es weiter als Pflicht der Partei, „sich Einfluß auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung dieser Gesetze zu verschaffen". Und nun daraus der Schluß: Die Parteivertretung billigt deshalb, daß die Reichstagsfraktion sich den von dem Herrn Reichskanzler Marx in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung nicht versagt.

In einem parteiamtlichen Protokoll der Sitzung wird besonders Bezug genommen auf das bekannte Schreiben der Deutschen Volkspartei vom 28. August, auf dem ja die gesamten Anstrengungen einer Regierungsumbildung nach rechts hin beruhen und dessen Hauptinhalt der war, daß man nun mit allen Kräften nachholen müsse, was in London nicht erreicht worden sei; hierzu müßten die Deutschnationalen mitwirken. Damit ist also die Grundlage gegeben, auf die nach allgemeinem Volksempfinden doch wohl jede Partei treten kann, die bei der Behandlung dieser brennendsten Gegenwartsfragen über die Parteibrille hinwegzusehen vermag.

Ob das geschehen wird? In der Demokratie sind die Ansichten geteilt; macht sich dort doch unzweifelhaft Abneigung gegen die Deutschnationalen bemerkbar. Aber es gibt auch Stimmen, die verlangen, man müsse doch das Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen in der Regierung wenigstens einmal probieren. Das wird erleichtert dadurch, daß man deutschnationalerseits mit diesem Zusammenarbeiten grundsätzlich einverstanden ist, vor allem die Persönlichkeit des Wehrministers Geßler im Kabinett behalten möchte, dessen Verdienste um die Führung des Reichswehrministeriums auch in Rechtskreisen vielen Beifall finden. Herr Geßler soll für seine Person bereit sein, auch mit deutschnationalen Ministern an einem Tisch zu sitzen. Wenn eine neue Regierung rechts von den Demokraten auch an und für sich eine Mehrheit im Parlament hätte, so wäre diese Mehrheit doch nur 26 Stimmen stark. Es besteht also schon aus äußeren Gründen der Wunsch, die Mitwirkung, zum mindesten die Neutralität der Demokratie für das neue Kabinett zu sichern. Daß im Zentrum trotz mannigfacher innerer Abneigungen gegen die Heranziehung der Deutschnationalen Meinung für eine Zusammenarbeit im Gegensatz zu manchen starken, anderskingenden Zeitungsworten besteht, muß angenommen werden.

Eine der wichtigsten Fragen, an der die gleichartigen Versuche im Mai scheiterten, die Umgestaltung auch der preußischen Regierungskonstellation, spielt nicht mehr die starke Rolle wie damals, weil wir ja doch in ein paar Monaten Neuwahlen haben müssen, und auch jene andern Fragen, die Ausführung der Dawes-Gesetze, der Eintritt oder Nichteintritt Deutschlands in den Völkerbund, zurzeit viel wichtiger sind. Eins aber steht fest: mit programmatischen Bindungen gehen die Unterhändler der Deutschnationalen nicht in die Verhandlungen. An dem „Programm" sind schon die vernünftigsten Pläne gescheitert. Weil sie sich oft wie ein unersteigbarer Wall zwischen das Wollen und das politisch Erreichbare geschoben haben.

•

Demokratische Fragen.

Der Reichstagsabgeordnete Erkelenz, der zweite Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, fordert die Deutsche Volkspartei auf, den Deutschnationalen bei der Erörterung ihres Eintritts in die Reichsregierung folgende sieben Fragen vorzulegen: 1. Erkennen Sie die Weimarer Verfassung an? 2. Sind Sie bereit, jede gewaltsame Änderung der Weimarer Verfassung abzuwehren und alle Mittel der Staatsgewalt gegen Verfassungsverbrecher anzuwenden? 3. Sind Sie bereit, die Londoner Abmachungen als die Grundlage für die deutsche Außenpolitik anzuerkennen? 4. Sind Sie für eine demokratische und nationale Außenpolitik Deutschlands im Rahmen des Völkerbundes? 5. Sind Sie bereit, jede Förderung der verfassungsfeindlichen Organisationen zu unterlassen? 6. Sind Sie bereit, den Ausbau der Reichswehr als einer verfassungstreuen republikanischen Wehrmacht zu fördern? 7. Sind Sie bereit, Verächtlichmachungen der Verfassung und der verfassungsgemäßen Einrichtungen im Rahmen der Gesetzgebung zu bekämpfen?

Die deutsche Anleihe gesichert.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".)

Paris, 2. Oktober. Havas meldet übereinstimmend mit Reuter, daß die Verhandlungen über die 800-Millionen-Anleihe mit Dr. Schacht in London sich günstig entwickeln. Der amerikanische Anteil an der Anleihe werde 100 Millionen Dollar betragen. Der englische Anteil 10—15 Millionen Pfund Sterling. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther wird zum Abschluß der Besprechungen erwartet. Die Anleihe dürfte im Oktober wahrscheinlich Mitte Oktober aufgelegt werden. Die amerikanischen Stücke werden in Dollar und die englisch-europäischen Anteile in Pfund Sterling ausgegeben.

Befriedigender Verlauf der Anleihevertandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 2. Oktober. Wie der Vertreter der TU. auf Anfrage bei maßgebender Stelle erfährt, sind alle bisher in englischen und deutschen Blättern erschienenen Nachrichten über die Bestimmungen der deutschen Anleihe unrichtig. Alle diese Nachrichten waren nicht nur verfrüht, sondern sind auch geeignet, den Stand der deutschen Unterhändler zu erschweren. Die Unterhandlungen nehmen einen befriedigenden Verlauf. Sie sind aber naturgemäß, da es sich um Verhandlungen mit einer ganzen Reihe von Ländern und Bankgruppen handelt, nicht von heute auf morgen zu erledigen. — Reichsfinanzminister Dr. Luther ist gestern am späten Nachmittag hier eingetroffen und hat im Carlton-Hotel, wo auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht wohnt, Wohnung genommen und hat seine Arbeiten bereits begonnen und sich in einer Reihe von Besprechungen über den Stand der Dinge unterrichtet.

Die Mainzer Eisenbahnkatastrophe.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".)

Mainz, 2. Oktbr. Von hiesiger zuständiger Stelle erfährt die Telunion: Der um 12,14 Uhr von Mainz-Westbahnhof nach Mainz-Süd in Richtung Worms—Waldenburg abgelassene D-Zug blieb in dem zwischen Mainz-Hauptbahnhof gelegenen Tunnel infolge Achsenbruchs liegen. Der um 12,18 Uhr in gleicher Richtung abfahrende Personenzug wurde aber trotz des Verkehrshindernisses abgelassen. Der Grund des Versehens war noch nicht festzustellen. Man spricht von Blockstörungen. Der Personenzug fuhr auf den D-Zug auf; vier Wagen sollen ineinandergeschoben sein. Die Anzahl der Toten beträgt vielleicht vier bis fünf. Die Rauchentwicklung im Tunnel soll eine genaue Feststellung verhindert haben. Eine genaue Darstellung war trotz telephonischer Anfrage sehr schwer zu erlangen, da die Regie anscheinend mit Nachrichten zurückhält. Das Verkehrshindernis soll noch heute beseitigt werden, so daß größere Störungen im internationalen Verkehr vermieden werden können.

Viel Tote und Schwerverletzte.

Mainz, 1. Oktober. Zu dem Mainzer Eisenbahnunglück wird noch ergänzend gemeldet, daß außer drei Wagen des im Tunnel befindlichen Zuges auch die ersten Wagen des Personenzuges und die Lokomotive desselben schwer beschädigt worden sind. Es sind Gerüchte im Umlauf, die im ganzen von 18 Toten und über 40 Schwerverletzten sprechen. Auch die Lokomotive des Personenzuges soll beim Zusammenstoß explodiert sein. Bestimmte Angaben waren noch immer nicht zu erlangen, da das Gelände von der Polizei und von französischem Militär abgesperrt worden ist. Die Aufräumungsarbeiten sind in vollem Gange. Die französischen Militärbehörden haben von beiden Seiten in dem Tunnel Scheinwerfer anbringen lassen.

Die Kämpfe in Schanghai unentschieden

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Neuyork, 2. Oktober. Die Kämpfe bei Schanghai sind von beiden Seiten ergebnislos abgebrochen worden, da trotz der größten Anstrengungen von keiner Partei ein sichtbarer Vorteil errungen werden konnte. Die Entscheidung liegt jetzt wieder im Norden und die weitere Entwicklung der Dinge wird von der augenblicklich im Gange befindlichen Entscheidungsschlacht zwischen den mandschurischen Truppen und den Regierungstruppen abhängen. Nach Tokioer Depeschen ist augenblicklich bei Jehol eine heftige Schlacht entbrannt, in der die mandschurischen Truppen bereits größere Vorteile errungen haben, wozu besonders die Eroberung von Chiseng gehört, das 150 Meilen nördlich von Jehol gelegen ist.

Bank für Industrieobligationen.

Die Gründung.

Zur weiteren Durchführung des Dawes-Planes fand im Reichswirtschaftsministerium die Gründung der im Industriebelastungsgesetz vom 30. August 1924 vorgesehenen Bank für deutsche Industrieobligationen, die die in dem Sachverständigengutachten vorgesehene Belastung der deutschen Wirtschaft mit fünf Milliarden Obligationen durchzuführen hat, statt. Zwecks Gründung hat sich ein Konsortium aus einer Reihe führender Industrie- und Bankfirmen gebildet. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats, der einschließlich des Präsidenten aus 15 Mitgliedern bestehen soll, hat die Regierung die folgenden Herren bestellt: den Staatssekretär Dr. Trendelenburg, den Ministerialdirektor Bail, den Ministerialrat Dr. Dorn, das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Geh. Rat Dr. Bücher, Herrn Professor Dr. Flechtheim, Herrn Rechtsanwalt Clemens Lammers, Herrn Bankier Dr. Paul v. Schwabach. Von den ausländischen sieben Mitgliedern des Aufsichtsrats hat bisher nur die Reparationskommission drei Mitglieder ernannt. Gemäß der ihr übertragenen Befugnis hat die Regierung fernerhin zu Vorstandsmitgliedern die Herren Dr. W. Böttkes und Dr. Ramhorst bestellt. An der Gründungsversammlung nahm auch der von der Reparationskommission zum Treuhänder für die Industrieobligationen bestellte Herr E. Rogarra, der italienischer Staatsangehöriger ist, sowie Herr Robinson als Vertreter des Reparationsagenten teil.

Die Verhandlungen wurden vom Reichswirtschaftsminister Hamm mit einer Ansprache eingeleitet, in der er auf die große Bedeutung und die schwierigen Aufgaben hinwies, die der Bank im Rahmen der neuen Reparationsregelung zufallen, und in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß durch verständnisvolles Zusammenwirken aller beteiligten Kreise die über die Maßen schwere Belastung, die der deutschen Wirtschaft mit den Industrieobligationen aufgebürdet worden ist, nach Möglichkeit erträglich gemacht werden möge.

Als Vertreter der Belasteten wie der deutschen Mitglieder des Aufsichtsrats gab Herr Prof. Flechtheim der Erwartung Ausdruck, daß die Arbeit, die diese im Dienste der deutschen Gesamtwirtschaft und der Belasteten aller Wirtschaftszweige zu leisten entschlossen seien, dazu beitragen möge, eine ruhige Entwicklung zum Schutze der Deutschen zu gewährleisten, und sprach die Hoffnung aus, daß alle Beteiligten an die Durchführung in dem Geiste herangehen möchten, aus dem heraus allein die Durchführung des Berichts Erfolg verspreche.

Französische Ansicht über die 26 Prozent.

Angeblich kein Verstoß gegen den Dawes-Plan.

Die französische Regierung hat an die Reichsregierung ihre Antwort erteilt auf die Note, in der die Reichsregierung gegen die Erhebung der 26prozentigen Einfuhrabgabe für die deutschen Waren protestiert. Frankreich erklärt, diese Maßnahme erscheine der französischen Regierung durchaus in Übereinstimmung mit dem Geiste des Dawes-Planes und der Londoner Abmachungen. Es wird auf die gleiche Maßnahme durch England Bezug genommen. Die französische Regierung sei davon überzeugt, daß die Verordnung weder dem Geist ihrer Entstehung nach noch dem Geist ihrer Anwendung nach eine Gefährdung des wirtschaftlichen Gleichgewichts Deutschlands darstellt. Soweit es den französisch-deutschen Handelsvertrag betreffe, könne eine schädliche Rückwirkung der Abgabe weder auf das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands noch auf die Durchführung des Sachlieferungsprogramms anerkannt werden.

Die französische Regierung versichert, daß sie mit Wohlwollen alle Anregungen prüfen wird, um die Regelung dieser Abgabe den Bedürfnissen des deutsch-französischen Handelsverkehrs anzupassen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF